

DAS **BESTE** **FÜR BERLIN**

EIN AUFBRUCH FÜR DIE STADT.
EINE KOALITION FÜR ERNEUERUNG.
EIN REGIERUNGSPROGRAMM FÜR ALLE.
**SOZIAL, INNOVATIV, VERLÄSSLICH UND
NACHHALTIG.**

KOALITIONSVERTRAG 2023 - 2026

CDU



Inhalt

Präambel	5
Funktionierende Verwaltung	10
Stadt der Vielfalt	17
Inneres, Sicherheit und Ordnung	27
Justiz	33
Bildung, Jugend und Familie	36
Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen	45
Mobilität und Verkehr	55
Klimaschutz	62
Nachhaltiges Berlin: Umwelt-, Natur- und Gewässerschutz	63
Arbeit	67
Soziales	72
Inklusion	76
Wirtschaft	78
Energie	85
Gesundheit und Pflege	88
Wissenschaft und Forschung	96
Kultur und Medien	104
Engagement und Ehrenamt, Religion und Weltanschauungen	110
Sport	114
Metropolregion Berlin-Brandenburg	121
Europa und Städtepartnerschaften	123
Haushalt und Finanzen	125
Sondervermögen „Klimaschutz, Resilienz und Transformation“	130
Gutes Regieren	132

Bildung, Jugend und Familie

Wir werden jungen Menschen die bestmöglichen Zukunftschancen eröffnen – mit einem leistungsfähigen und gebührenfreien Bildungssystem von der Kita bis zur Hochschule. Alle Schülerinnen und Schüler sollen die Schule mit einem erfolgreichen qualifizierenden Abschluss verlassen. In den ersten Lebensjahren werden die Grundlagen für die Bildungs- und Teilhabechancen unserer Kinder geschaffen. Ziel der Koalition ist es, jedem Kind einen Betreuungsplatz anzubieten, Familien im Alltag umfassend zu unterstützen, Elternarbeit fortzusetzen sowie die Rechte von Kindern und Jugendlichen zu stärken und ihnen ein sicheres und gesundes Aufwachsen zu ermöglichen.

Kinder, Jugend und Familie

Die Koalition prüft die Einführung eines Budgets für pädagogische Einrichtungen in herausfordernder Lage sowie vereinfachte Möglichkeiten zur Mehrfachnutzung sozialer Infrastruktur, um beispielsweise die Integration von Familienzentren zu ermöglichen.

Wir wollen mehr **Betreuungsplätze** für Kinder aller Altersstufen in Kindergärten und Tagespflegestellen schaffen: Kita-Platzerweiterungen und Kita-Platzerhalt durch Sanierungen werden wir durch eine Ausweitung und Stärkung des Kita-Ausbauprogrammes des Landes auf Basis des Kita-Förderatlas ermöglichen. Berlin wird sich im Bund für ein weiteres Investitionsprogramm, um den Kita-Ausbau voranzutreiben, einsetzen.

Um die Qualität in der **Kindertagesbetreuung** weiter zu verbessern und das Kita-Personal zu entlasten, werden wir den Einsatz von Kita-Verwaltungskräften stufenweise ausbauen, multiprofessionelle Teams unterstützen sowie weitere Personalschlüsselverbesserungen angesichts der konkreten Fachkräftesituation prüfen. Kita-Sozialarbeit wird verstetigt und ausgebaut, da sie Kinder in ihrer Entwicklung und Familien in herausfordernden Lebenslagen unterstützt und fördert. Das erfolgreiche Bundesprogramm der Sprach-Kitas werden wir mit Mitteln des Kita-Qualitätsgesetzes als Landesprogramm weiterführen, weitere Instrumente der Sprachförderung verstetigen sowie eine Fortentwicklung der Zuschlagstatbestände mit einer stärkeren Fokussierung auf sozial benachteiligte Kinder, insbesondere hinsichtlich der Sprachbildung, ermöglichen.

Mit einem **Kita-Chancenjahr** werden Kinder mit Sprachdefiziten von Anfang an systematisch unterstützt, damit ihnen alle Entwicklungsperspektiven offenstehen. Wir werden die Grundlagen schaffen, damit die Sprachstandsfeststellungen rechtzeitig stattfinden. Werden Sprachdefizite festgestellt oder nehmen die Kinder nicht an der Sprachstandsfeststellung teil, müssen sie ein Jahr vor Schulbeginn verpflichtend eine Kita oder ein alternatives Bildungsangebot besuchen. Dafür müssen die rechtlichen Grundlagen geschaffen und die Kitas, Bildungseinrichtungen und Verwaltungen bei der Umsetzung unterstützt werden. Die aktuellen Instrumente zur **Sprachstandserhebung**, Sprachlerndokumentation und kultursensiblen Sprachförderung wollen wir weiterentwickeln. Dies umfasst auch die Weiterführung des Einführungsprozesses des Programms „BeoKiz“ und die Digitalisierung dessen. Das **Berliner Bildungsprogramm** wird bis 2024 überarbeitet und in Bezug auf den Kompetenzerwerb in Vorbereitung auf den Übergang zur Grundschule konzeptionell verstärkt. Um das Kita-System noch inklusiver zu gestalten, schaffen wir die Voraussetzung für den Einstieg in den **Förderstatus B+** für Kinder mit besonders intensivem Förderbedarf.

Kindertagespflege ist ebenfalls ein wichtiger Baustein in der Kindertagesbetreuung. Wir unterstützen die Umsetzung einer Imagekampagne für die Kindertagespflege. Wir werden

Maßnahmen und Verfahren überarbeiten sowie die Finanzierung stärken, sodass mehr Tagespflegepersonen gewonnen werden.

Die Attraktivität des **Berufsbildes pädagogischer Fachkräfte** wollen wir sowohl in der vollschulischen als auch in der berufsbegleitenden Ausbildung steigern, um sie nachhaltiger für die Berliner Kita zu gewinnen. Bei der berufsbegleitenden Ausbildung prüft die Koalition weitere entlastende Maßnahmen und strebt eine Standardisierung der Ausbildungsinhalte an. Die Koalition stärkt das Sozialpädagogische Fortbildungsinstitut Berlin-Brandenburg (SFBB), sodass weiterhin Qualifizierungs-, Fort- und Weiterbildungsangebote für angehende Erzieherinnen und Erzieher sowie Fachpersonal bereitgehalten werden. Die Koalition stärkt den **Ausbau der flexiblen und ergänzenden Kindertagesbetreuung** für Allein- und Getrennterziehende, kinderreiche Familien und für Eltern, die im Schichtbetrieb arbeiten. Außerdem werden wir eine 24-Stunden-Kita als Pilotprojekt und den Ausbau von weiteren Betriebskindergärten prüfen. Die **Digitalisierung der Berliner Kitas** werden wir fortführen und dabei pädagogische und administrative Aspekte berücksichtigen. Wir werden die Initiative für einen „DigitalPakt Kita“ ergreifen und über das Kita-Qualitätsgesetz absichern. Das erfolgreiche **Kita- und Spielplatzsanierungsprogramm** setzen wir fort.

Familien sind ein wichtiger Bestandteil der Gesellschaft und leisten einen wertvollen Beitrag zur Zukunft der Stadt. Die finanzielle Entlastung durch Vergünstigungen erleichtern Familien den Alltag und ermöglicht es ihnen, ihre Kinder besser zu fördern und zu unterstützen. Das Land Berlin fördert mit Vergünstigungen, wie zum Beispiel der kostenfreien Kita, dem kostenfreien Mittagessen in der Grundschule und dem kostenlosen ÖPNV für alle Kinder die Chancengerechtigkeit und soziale Gerechtigkeit von Familien. Die Koalition wird weiterhin **Vergünstigungen und Erleichterungen für Familien** anbieten, diese Maßnahmen schrittweise erweitern und sich auf Bundesebene für Familien einsetzen.

Die Angebote für Familien wollen wir bedarfsgerecht ausbauen und möglichst niedrigschwellige Zugänge zu Leistungen und Informationen schaffen. Wir werden das **Familienförderungsgesetz** weiter umsetzen und Angebote in den Bezirken in dessen Rahmen kontinuierlich ausbauen. Wir wollen die Elterninformationen und das Berliner Familienportal einschließlich der Einführung einer App weiterentwickeln. Das Angebot der **FamilienServiceBüros** wird ausgebaut, sodass weiterhin Beratung angeboten und zukünftig auch Leistungen beantragt werden können. Sie sollen in Örtlichkeiten eingebunden werden, die bereits von Familien frequentiert werden, beispielsweise Kitas und Schulen. Die Familienzentren, die Familienerholung, die Angebote für queere Familien, die Stadtteilmütter sowie die aufsuchenden und medialen Angebote wollen wir stärken. Die **Stadtteilmütter** schaffen ein familienunterstützendes Angebot, welches wir qualitativ wie auch quantitativ ausweiten. Zusätzlich werden wir ein Berufsbild entwickeln, um Stadtteilmüttern eine berufliche Perspektive zu bieten. Wir werden die **Väterarbeit** innerhalb der Familienförderung ausbauen, die Weiterführung des Bündnisses für Väterarbeit zielgruppengerechter gestalten und aufsuchende Väterarbeit in den Bezirken priorisieren.

Die Koalition wird mehr **Plätze in der stationären Jugendhilfe** schaffen. Die Koalition wird ein Angebot des Kurzzeitwohnens für junge Menschen mit umfassendem Unterstützungsbedarf in Abstimmung der beteiligten Hauptverwaltungen entwickeln. Um die dringend benötigten Fachkräfte im Bereich HzE auszubilden und die Attraktivität dieser Tätigkeit zu erhöhen, werden die Mittel für die duale Ausbildung und Anleitungsstunden zur Verfügung gestellt. Der Dialogprozess der Fachkräftegewinnung wird fortgesetzt.

In Zusammenarbeit mit allen Akteuren werden wir konzeptionelle Maßnahmen ergreifen, um das **Freiwillige Soziale Jahr** (FSJ) für alle jungen Menschen gleichermaßen zu öffnen und die finanzielle Gleichstellung der Freiwilligendienste aller Themenbereiche prüfen. Gegenüber dem Bund wird sich Berlin dafür einsetzen, dass die Zahl der Einsatzplätze bei den Freiwilligendiensten ausgebaut wird.

Die **Berliner Armutsstrategie** bietet eine gute Grundlage zur Bekämpfung der Kinder- und Familienarmut in Berlin. Wir wollen die ressortübergreifende Landeskommission zur Bekämpfung und für die Prävention von Kinder- und Familienarmut fortsetzen, Antragsverfahren erleichtern sowie Beratungsangebote und Leistungsstellen bündeln. Die Koalition wird sich im Bund für eine wirksame Reform der staatlichen Transferleistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts von Kindern einsetzen, die durch eine Bündelung und einen verbesserten Zugang die Teilhabe an diesen Leistungen erleichtert – beispielsweise durch eine eigenständige Kindergrundsicherung.

Die Koalition stärkt Kinder- und Familienfreundlichkeit auf allen Ebenen: Wir führen ein „**Kinder-Siegel**“ ein, um besonders kinder- und familienfreundliche Akteure auszuzeichnen und veranstalten einen jährlich stattfindenden **Berliner Familiengipfel** mit Familienverbänden und Organisationen aus dem Querschnittsbereich Familie. Es ist von besonderer Bedeutung, Familienbildungsangebote auf die spezifischen Bedürfnisse von **Familien mit Migrationsgeschichte** abzustimmen und weiterzuentwickeln. Die Koalition stärkt die **Präventionsangebote der Familienerholung** und macht diese bekannter.

Wir werden die **Angebote der Jugendsozialarbeit** für junge Menschen mit sozialen und individuellen Beeinträchtigungen durch sozialpädagogische Maßnahmen der Jugendsozialarbeit und durch die entwickelten Maßnahmen im Rahmen des Gipfels gegen Jugendgewalt stärken. Wir wollen die **aufsuchenden sport- und sozialraumorientierten Angebote** verstärken. Wir verbessern die **digitale Infrastruktur der standortgebundenen Jugendarbeit** und prüfen die Möglichkeit flexibler Öffnungszeiten.

Da der Schutz von Kindern und Jugendlichen für uns hohe Priorität hat, entwickeln wir das **Netzwerk Kinderschutz** weiter. Zur Weiterentwicklung des **Berliner Kindernotdienstes** ist die Eröffnung eines vierten Standortes dringend notwendig, der besonders für versorgungsintensive Kinder und Jugendliche vorgesehen ist. Im Rahmen dessen wird die **Koordinierungsstelle für Kinder und Jugendliche mit komplexen Hilfebedarfen** fortentwickelt. Wir wollen zukünftig den interkollegialen Austausch bei Verdacht auf Kindeswohlgefährdung ermöglichen, indem wir prüfen, das Berliner Heilberufekammergesetz entsprechend anzupassen. Wir prüfen die Einrichtung eines **Kinderschutzteams** für jeden Bezirk und darüber hinaus eine Einrichtung zur Unterbringung von Kindern und Jugendlichen mit sozialen, emotionalen und psychischen Beeinträchtigungen.

Die Koalition hat **Pflegefamilien** im Blick und wird sie unterstützen. Pflegeeltern erhalten mehr finanzielle Unterstützung. Die Koalition erarbeitet eine gesamtstädtische Rahmenvorgabe zu Kinderschutzkonzepten in Pflegefamilien. Die unterschiedlichen Zuständigkeitsregelungen innerhalb der Jugendämter werden mit dem Ziel, der personellen Kontinuität in der kommunalen Begleitung des Pflegeverhältnisses zu sichern, geändert. Auf Bundesebene wollen wir uns dafür einsetzen, dass zukünftig auch Eltern von Pflegekindern, die in Dauerpflege betreut werden, einen Anspruch auf Elterngeld erhalten.

Um jungen **Menschen, die unbegleitet nach Deutschland kommen**, eine kinder- und jugendgerechte Unterbringung, ganzheitliche Unterstützung und bestmögliche Bildung zu gewährleisten, werden wir das Aufnahmesystem weiterentwickeln. Wir werden die

tagesstrukturierenden und pädagogischen Angebote für diese Gruppe in den Erstaufnahmeeinrichtungen als Sofortmaßnahme ausbauen. Der Besuch der Regelschulen muss das Ziel bleiben. Um den enorm angestiegenen Bedarf an Platzkapazitäten für UMFs zu decken, prüft die Koalition inwieweit in Kooperation mit den Trägern Brückenangebote zur gesteuerten Unterbringung in den Regelstrukturen der stationären Jugendhilfe geschaffen werden können. Wir werden das System der Vormundschaften weiterentwickeln und ausbauen, insbesondere mit Fokus auf die ehrenamtlichen Vormundschaften.

Die beim **Gipfel gegen Jugendgewalt** erarbeiteten Maßnahmen werden wir umsetzen. Dazu gehört ein ressortübergreifendes Steuerungsgremium, um die Berliner Jugendstrategie zu entwickeln und umzusetzen. Wir setzen uns dafür ein, die **Partizipationsrechte junger Menschen auch auf Landesebene** zu stärken und erarbeiten ein Konzept zur Einführung und Umsetzung eines „**Jugend-Checks**“.

Die Weiterentwicklung des **Jugend-Demokratiefonds** werden wir mit dem Fokus auf Mehrbeteiligung Jugendlicher fortsetzen. Wir erhalten **Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen** der bezirklichen und freien Träger und wollen diese standortgebunden und sozialraumorientiert weiterentwickeln. Wir unterstützen den stufenweisen Ausbau digitaler **Angebote der Jugendhilfe**. Die Koalition sichert im Anschluss an die bisherige strukturelle Verstärkung des **FEZ** den Abschluss der baulichen Maßnahmen.

Zur **Einführung des Wahlalters 16** werden verfassungsändernde Mehrheiten im Parlament ausgelotet und schnellstmöglich umgesetzt.

Schule

Wir werden die **Berliner Schulbauoffensive** (BSO) für alle Schularten mit Sanierungs- und Neubaumaßnahmen fortsetzen und beschleunigen und dafür zusätzliche Mittel bereitstellen. Wir berücksichtigen bezirkliche Maßnahmen durch gezielte und pauschale Zuweisungen und werden diese verstärken. Die Koalition wird die Investitionsmittel der HOWOGE im Bereich Schulbau und Schulsanierung verdoppeln. Darüber hinaus prüft die Koalition, ob durch Anhebung der Kreditermächtigung der HOWOGE eine Steigerung erreicht werden kann. Teile der Schulbauoffensive können auch Maßnahmen in öffentlich-privater Partnerschaft sein. Laufende Maßnahmen, für die bereits Bauplanungsunterlagen aufgestellt sind, sollen beschleunigt werden. Wir streben für eine effiziente Projektdurchführung und hohe Planungssicherheit ein unterbrechungsfreies Planen und Bauen an. Die Koalition entwickelt einen flexibel für verschiedene Schularten nutzbaren Schulbautyp und überprüft die aktuellen Musterraumprogramme. Das berlinweit einheitliche und agile Projektmanagement und -controlling wird ausgebaut. Es werden Kolloquien zur Erarbeitung genehmigungsfähiger Planungsunterlagen unter Beteiligung aller Genehmigungsbehörden eingerichtet. Es werden Verwaltungsvorschriften (z. B. ABau, LHO) zur Projektbeschleunigung geprüft und Verfahrensvereinfachungen übertragen. Die Ausstattung der zuständigen Planungs-, Prüf-, Genehmigungs- und Baudienststellen ist im Sinne der unterbrechungsfreien Umsetzung der Projekte zu optimieren. Die Koalition entwickelt das einheitliche Berichtswesen mit allen Akteuren der BSO und veröffentlicht einen transparenten Schulbaufahrplan. Die Taskforce Schulbau wird aufgewertet. Die zentrale Verantwortung für die Umsetzung der BSO auf Landesebene wird gestärkt. Wir prüfen, ob im Rahmen der BSO flexible Sondermittel für temporäre Schulbauten bei kurzfristigen und unvorhergesehenen Bedarfen geschaffen werden können und geeignete Grundstücke identifiziert werden können. Die Koalition wird

sich beim Bund für ein Sonderbaurecht für soziale Infrastruktur, wie Schule und Kita, analog zu den bereits bestehenden Sonderregelungen nach BauGB einsetzen.

Die Berliner **Lehrkräfte-Unterrichts-Schul-Datenbank** (LUSD) wird, auch für die Beruflichen Schulen, weiterentwickelt. Der Anschluss aller Schulen wird schnellstmöglich abgeschlossen. Den Schulen werden geprüfte Lehr- und Lernprogramme web- und/oder cloudbasiert über das Schulportal und die Lizenzen über ein Lizenzmanagement des Landes zur Verfügung gestellt. Open Source-Lösungen werden vorrangig geprüft.

Der Anschluss aller öffentlichen Schulen an das gigabitfähige **Breitbandnetz** soll bis Ende der Legislaturperiode erfolgen. Die Bezirke werden beim Abruf der Mittel aus dem DigitalPakt Schule und Ausbau der IT-Infrastruktur unterstützt. Zum Ausbau aller Schulstandorte setzt sich die Koalition auf Bundesebene für einen DigitalPakt 2.0 ein. Das ITDZ wird für die weitere **Digitalisierung der Schulen** befähigt. Für Wartung, Service und Support der schulischen IKT-Infrastruktur wird das Schulservicezentrum Berlin (SSZB) gestärkt. Der Support vor Ort in den Schulen soll mindestens an zwei Tagen pro Woche möglich sein. Die Koalition prüft ein Landesprogramm für IT-Administratoren, um an allen Berliner Schulen eine durchgehende IT-Betreuung sicherzustellen. Im Rahmen des Onlinezugangsgesetzes (OZG) wird der Senat die Projekte digitale Zeugnisse und smarte Schülersausweise weiterverfolgen. Um die digitale Kompetenz zu fördern, stärken wir das Querschnittsthema **Medienkompetenz** in den Fachbriefen und bilden das pädagogische Personal im Umgang mit digitalen Medien weiter aus.

Die Zusammenarbeit und die **Schnittstellen der äußeren und inneren Schulangelegenheiten** werden verbessert.

Die Koalition prüft die Standardisierung der Arbeitsbedingungen, Ausstattung und des Aufgabenprofils der **Schulhausmeister**. Für saubere Schulen wollen wir ausreichend Reinigungspersonal in unbefristeten Arbeitsverhältnissen, in tariflicher Bindung, mit Kriterien von „Guter Arbeit“ und enger Bindung an die jeweiligen Schulstandorte gewährleisten. Die laufenden Pilotprojekte zur **Schulreinigung** werden fortgesetzt und evaluiert.

Zur Sicherstellung der Qualität des **Schulessens** koordiniert der Senat bei der regelmäßigen Vergabe berlinweite Musterausschreibungen und stellt den Schulträgern rechtliche Expertise zur Verfügung. Es bleibt bei der berlinweit einheitlichen Leistungsbeschreibung und einem Festpreis. Es wird ein eigener Vertrag mit den Berliner Wasserbetrieben außerhalb der Caterer-Verträge zur Aufstellung und Wartung von Trinkwasserspendern, auch an Oberschulen, geprüft. Wir prüfen ein **flexibles Schulbudget** zur Stärkung der eigenverantwortlichen Schule auf Basis bestehender Programme. Für die Mittelbewirtschaftung wird die Kooperation der **Verwaltungsleitungen** mit den Schulträgern geprüft.

Wir stehen zum mehrgliedrigen Schulsystem mit seinen unterschiedlichen **Schulformen**. Die Vielfalt der Schulformen wollen wir erhalten, damit alle Kinder gemäß ihren Bedürfnissen und Begabungen individuell bestmöglich gefördert werden können. Wir bekennen uns zu starken **Gymnasien** und entwickeln grundständige Gymnasien qualitativ weiter. Das **Probejahr** am Gymnasium soll zugunsten einer neuen Eignungsfeststellung, die gewährleistet, dass die Schülerinnen und Schüler den Herausforderungen am Gymnasium gewachsen sind, entfallen. Eine freiwillige Wechselmöglichkeit soll sichergestellt werden. Die obligatorischen

Prüfungen des **Mittleren Schulabschlusses** am Gymnasium am Ende der Klasse 10 werden wir abschaffen. Die Koalition stärkt die **Gemeinschaftsschule** als eigenständige Schulart.

Wir stärken die **Schulen in freier Trägerschaft**, indem wir zusätzlich zu den bisher gewährten Zuschüssen für genehmigte Ersatzschulen, zusätzliche Zuwendungen für diejenigen Schulen gewähren, die inklusiv arbeiten und eine soziale Durchmischung der Schülerinnen und Schüler gewährleisten. Das verfassungsrechtliche Verbot, eine Sonderung der Schülerinnen und Schüler nach den Besitzverhältnissen ihrer Eltern zu fördern, wird auf eine zeitgemäße landesrechtliche Rechtsgrundlage gestellt und gleichzeitig durch finanzielle Anreize gesichert. Die Bewährungsfrist für Schulen in freier Trägerschaft verkürzen wir auf 2 Jahre. Die dafür notwendigen Mittel werden bereitgestellt. Den Schulen in freier Trägerschaft wollen wir einen Sanierungszuschuss zur Verfügung stellen.

Die **Lehrkräfteausstattung** an Berliner Schulen ist eine zentrale Aufgabe. Die Lehrkräfteverbeamtung und den Nachteilsausgleich für tarifbeschäftigte Lehrkräfte werden wir schnellstmöglich umsetzen. Wir streben eine Personalausstattung an, die Unterrichtsausfall vermeidet. Die Koalition prüft Möglichkeiten zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Entlastung des pädagogischen Personals. Das System der Personalkostenbudgetierung (**PKB-System**) wird evaluiert, um die Handlungsfähigkeit der Schulen zu stärken. Wir verstetigen den **Quereinstieg** und schaffen eine rechtssichere Grundlage für die Ausbildung. Wir prüfen den **Quereinstieg von Ein-Fach-Lehrkräften in Mangelfächern**. Wir prüfen die Entbürokratisierung und Beschleunigung der **Anerkennung ausländischer Abschlüsse**, um internationale Fachkräfte leichter zu gewinnen.

Wir werden die **Abordnung von grundständig ausgebildeten Lehrkräften** in die Schulinspektion, die Seminarleitungen und die Senatsverwaltung kritisch prüfen, wenn dadurch keine Einschränkungen zu erwarten sind. Fort- und Weiterbildungen sollen künftig auch durch externe Kooperationen ermöglicht werden. Zur **Entlastung des pädagogischen Personals** wollen wir das SchulG (§ 116) reformieren, Schulen erhalten die Möglichkeit, ihre schulgesetzlichen Gremiensitzungen auch digital durchzuführen.

Die Koalition bekennt sich zu **multiprofessionellen Teams** als wesentliche Voraussetzung für die inklusive Schule. Die Koalition wird die rechtlichen Voraussetzungen für den Einsatz von Schulhelferinnen und -helfern, Betreuerinnen und Betreuern und Schulassistenzen sowie für die medizinische Versorgung der Schülerinnen und Schüler schaffen. Die Beantragungsmöglichkeiten werden wir entbürokratisieren. Gemeinsam verfolgen wir das Ziel, die Zahl von Schulgesundheits- und -krankenfachkräften oder Schulhelferinnen und Schulhelfern an Schulen zu erweitern. Wir prüfen, die bestehende Umwandlung von Lehrkräftestellen zukünftig reversibel zu gestalten. Die Koalition wird das weitere pädagogische Personal, welches die Voraussetzungen für eine Höhergruppierung nicht erfüllt, weiterqualifizieren und prüfen, ob eine bessere Eingruppierung ermöglicht werden kann.

Wir stärken die **sozialräumliche Öffnung** von Schulen in herausfordernden Lagen und setzen das bereits angestoßene Projekt Zukunftskieze fort. Wir stärken pädagogische Werkstätten an Schulstandorten sowie Schulcampus und sichern bezirkliche Angebote. Zur Mehrfachnutzung von Schulstandorten im sozialen Raum erstellen wir gemeinsam mit der Geschäftsstelle Mehrfachnutzung ein Konzept.

Die Koalition wird den gelebten **Umwelt- und Klimaschutz sowie die Naturerfahrung im Unterricht** und Ganzttag konzeptionell stärken. Sie fördert die stärkere Einbindung von Vereinen, außerschulischen Angeboten wie z. B. Musikschulen in den Wahlpflicht- und Ganztagsbereich, Schul-Umwelt-Zentren, Klein-, Schau-, und Lehrgärten sowie „Grüne Klassenzimmer“ und sichert die Arbeit der Gartenarbeits-, Jugendkunst- und Jugendverkehrsschulen. Es wird eine Servicestelle Außerschulische Bildung mit dem Ziel ein Portfolio zu erstellen sowie der Evaluation der Qualität der Angebote eingerichtet. Zum Ausbau der MINT-Bildung an Schulen stärkt die Koalition die Kooperation der Stiftung Planetarium Berlin mit den allgemeinbildenden Schulen und entwickelt ein Konzept für ein Space-Science-Center. Die Koalition stärkt mit Bundesmitteln das **ganztägige Lernen** an Schulen mit einer Qualitätsoffensive. Mit Hilfe der Serviceagentur Ganzttag werden die Standards implementiert.

Die Koalition stärkt den gebundenen Ganzttag an Gymnasien. Die Verlässliche Halbtagsgrundschule kann schrittweise innerhalb des Modellversuchs zu einer Flexi-Ganztagsgrundschule verlängert werden. Am Ende der Grundschule sollen alle Berliner Schülerinnen und Schüler kompetent lesen, schreiben und rechnen können.

Die Koalition reformiert die **Strukturen der Schulaufsicht und Schulinspektion** mit dem Ziel einer verbindlicheren Begleitung der Schulentwicklung. Wir bauen das Berliner **Landesinstitut für Aus-, Fort- und Weiterbildung** auf und bereiten es konzeptionell für eine Aufnahme des Betriebs im Jahr 2025 vor.

Die Koalition implementiert stufenweise jährliche **standardisierte Vergleichsarbeiten zur Leistungsmessung** mit dem Ziel Förderbedarfe zu diagnostizieren, Fördermaßnahmen kurzfristig und bedarfsgerecht anzubieten und individuelle Lernentwicklung zu dokumentieren. Die sprachliche und mathematische Kompetenzförderung steht dabei im Vordergrund.

Wir bekennen uns zur Struktur des bestehenden **Fächerkanons** und der Rahmenlehrpläne. Zudem wollen wir fächerübergreifendes Lernen stärken, um hier auch die Förderung von Metakompetenzen zu sichern. Die Koalition strebt die Einführung eines **Wahlpflichtachs Weltanschauungen/Religionen** als ordentliches Lehrfach an. In einem von fachlich ausgebildeten Lehrkräften erbrachten und von den Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften inhaltlich gestalteten Unterricht können Kenntnisse über Religionen und Weltanschauungen vermittelt werden. Das Fach Ethik bleibt in seiner bisherigen Form bestehen. Wir wollen die **Berufsorientierung** in allen Schulformen durch eine curriculare Verankerung ab Klasse 5 konzeptionell stärken. Hierzu gehört neben der Evaluation der bisherigen Maßnahmen auch die Unterstützung der bestehenden Strukturen durch Ausbildungsbotschafter und Alumni. Wir werden verpflichtende Berufspraktika in Klasse 9 und 10 in allen Schulformen einführen. Zudem wollen wir das **Unterrichtsfach „Wirtschaft-Arbeit-Technik“ (WAT)** stärken, indem wir ihn auch an Gymnasien mit den vorhandenen Ressourcen in der Klassenstufe 9 verpflichtend einführen. An Integrierten Sekundarschulen sowie an Gemeinschaftsschulen wird der WAT-Unterricht in den Klassen 9 und 10 Pflichtfach. Darüber hinaus sollen die bestehenden Strukturen, wie die Teams der Berufs- und Studienorientierung (BSO-Teams) sowie die Studienberaterinnen und -berater, durch eine curriculare und didaktische Verankerung sowie über gezielte Qualifizierungen gestärkt und eingebunden werden.

Das Landesprogramm **Schulsozialarbeit** wird ausgebaut. Gleichzeitig prüfen wir die Öffnung des stufenweisen Ausbaus von Schulsozialarbeit beim Land. Insbesondere wird Schulsozialarbeit auch an beruflichen Schulen und an Schulen des zweiten Bildungswegs etabliert.

Wir führen die bisher bestehende **gebührenfreie Bildung** fort und setzen uns für digitale Lehr- und Lernmittelfreiheit ein. Das kostenlose Ticket für Schülerinnen und Schüler wird auch für den zweiten Bildungsweg für diejenigen angeboten, die keine weiteren Sozialleistungen erhalten. Die kostenlose Nachmittagsbetreuung für Jahrgangsstufe 3 an Schulen wird umgesetzt.

Wir stärken die Stelle der/des **Antidiskriminierungsbeauftragten bei der Senatsverwaltung für Bildung** und konkretisieren die Zuständigkeiten mit der Schulaufsicht. Unser Ziel ist es, die Berliner Schule diskriminierungsfrei zu gestalten. Die Rahmenlehrpläne und Lehr- und Lernmaterialien werden diskriminierungskritisch überarbeitet. Fortbildungen zu diesen Themenfeldern werden konzeptionell weiterentwickelt. Die Koalition wird eine **universitäre Studie** in Auftrag geben, die umfassend vorhandene Konflikte in Schulen (wie Mobbing, Antisemitismus, Sexismus, Konflikte durch religiösen Konformitätsdruck, Queer- und Transfeindlichkeit und andere Diskriminierungsformen) untersucht und anschließend auswertet, welche pädagogischen Maßnahmen zu treffen sind. Die Koalition will Programme für mehr Vielfalt beim pädagogischen Personal aufsetzen. Die Koalition setzt sich ebenso für Diversity- und Queerkompetenzen in allen pädagogischen Berufen ein. Die Koalition erhält die Fachstellen für queere und intersektionale Bildung.

Durch eine Flexibilisierung von Ressourcen und die sozialräumliche Öffnung wird die Koalition die Wartezeit für die Aufnahme von **geflüchteten Kindern und Jugendlichen** in Willkommensklassen verkürzen. Die Koalition strebt die schnellstmögliche Integration in den Regelschulbetrieb an.

Die Koalition wird für die **Förderung der Mehrsprachigkeit** den erstsprachlichen Unterricht um weitere Sprachen ausbauen, in der Oberschule fortführen und deren Einbringung als 2. oder 3. Fremdsprache ermöglichen. Wir unterstützen Schulen bei der Stärkung von Mehrsprachigkeit und durchgängiger Sprachbildung. Die Koalition will das erfolgreiche Angebot der Staatlichen Europaschule Berlin (SESB) um weitere Sprachen und Standorte, insbesondere in den östlichen Bezirken, ausbauen.

Die Koalition führt zur sozialindexbasierten Ressourcenzuweisung das System der **Schultypisierung** fort und weist Schulen, die im Zuge der Umstellung benachteiligt wurden, die ursprüngliche Ausstattung wieder zu. Zukünftig kommunizieren die Schulaufsichten kontinuierlich und transparent über die zur Verfügung stehende Personalausstattung. Die besondere Ressourcenzuweisung für Schulen in herausfordernder Lage, Bonus-Programm und Berlin-Challenge sowie die Brennpunktzulage werden in bestehender Form beibehalten.

Wir bekennen uns zur UN-Behindertenrechtskonvention und wollen die **Inklusion** an den Berliner Schulen unterstützen und qualitativ weiterentwickeln: Schulen benötigen mehr Ressourcen, um ihre Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischen Förderbedarfen zu unterstützen. Zur Stärkung der Verlässlichen Grundausstattung schaffen wir stufenweise eine zusätzliche Stelle für Facherzieherinnen und Facherzieher an Grundschulen. Wir stärken die Rolle des SIBUZ konzeptionell, indem wir die Verfahren vereinfachen. Um die Folgen der pandemiebedingten Einschränkungen für junge Menschen in Berlin weiter einzudämmen, führen wir die bestehenden Programme zur **Unterstützung bei psychosozialen Herausforderungen** der Schülerinnen und Schüler fort und entwickeln sie

unter Einbeziehung therapeutischer Fachkräfte und der Jugendarbeit weiter. Wir bauen die **Begabungsförderung** ab Klasse 1 aus.

Berufs- und Erwachsenenbildung

Im Sinne der Gleichwertigkeit werden wir die **Berufsbildung** von akademischer und beruflicher Bildung stärken. Die Koalition fördert duale Ausbildungs-, Qualifikations- und Studienangebote sowie Übergänge in berufliche Bildungsgänge. Wir wollen die Handlungsspielräume der **Jugendberufsagenturen** vergrößern. Neben einer besseren personellen Ausstattung soll die aufsuchende Beratung zukünftig implementiert werden. Die Vernetzung zwischen Schulen und Jugendberufsagenturen wollen wir verbessern. Dabei muss auch die Wirtschaft stärker eingebunden werden, um die Betreuung von Schulabgängerinnen und -abgänger, aber vor allem auch Schulabbrecherinnen und -abbrecher, zu ermöglichen. Wir wollen die gesetzliche Grundlage für einen gelingenden Datenaustausch zwischen allen Beteiligten schaffen.

Wir entwickeln eine Berliner **Ausbildungsgarantie**, die vor allem die Übergänge zwischen Schule und Beruf in den Blick nimmt. Für Jugendliche, die nach Ende ihrer Schulpflicht keine reguläre Berufsausbildung beginnen, schaffen wir die rechtlichen Grundlagen für ein **11. Pflichtschuljahr**. Die dazu notwendigen Strukturen, wie die überbetriebliche Ausbildung, die außerbetriebliche Ausbildung oder die integrierte Berufsausbildungsvorbereitung bauen wir stufenweise aus. Ziel bleibt ein Wechsel in eine reguläre betriebliche Ausbildung. Wir prüfen die Einführung eines **Landesinstituts für Berufliche Bildung** nach Hamburger Vorbild.

Die Institutionen und Angebote der **Erwachsenenbildung** und des lebenslangen Lernens werden gesichert und durch eine abgestimmte Strategie miteinander verzahnt. Die Koalition wird die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten der Volkshochschulen weiter verbessern. Dazu schaffen wir den Einstieg in die Festanstellung der arbeitnehmerähnlichen Volkshochschuldozentinnen und -dozenten. Die Koalition passt die Zuweisungsmethodik an die Bezirke für die Honorarmittel an. Die Koalition strebt eine verbesserte Ausstattung der **Volkshochschulen** mit Sachmitteln an. Wir prüfen die Errichtung einer öffentlich-rechtlichen **Stiftung** zur Alphabetisierung und Grundbildung.

Wir prüfen eine gesetzliche Regelung zur Finanzierung von **parteinahen Stiftungen und kommunalpolitischen Bildungswerken** im Land Berlin mit klaren Förderkriterien. Die Steuerung institutioneller und projektbasierter Förderung soll künftig durch die Bildungsverwaltung erfolgen.